

**Parlamentarische Redebeiträge
von Abgeordneten der Fraktion
„Alternative für Deutschland“ (AfD)**

Landtag Nordrhein-Westfalen-18. Wahlperiode
Forschungsbericht: Zusammenfassung

Stand der Ausarbeitung: 02.02.2025

Autor: Gunther Haimbl

Wissenschaftliche Beratung: Jobst Paul, Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung

Im Auftrag von Frank Börner (Mdl)

Inhalt

Zusammenfassung.....	3
Einleitung	4
1. Theoretischer Analyserahmen: Die „binäre“ Konstellation.....	4
a) „Wir“- und „Sie“-Gruppe	4
2. Die populistische Variante	5
a) AfD als Kümmerer und Anwalt des ‚Volkes‘	6
i. <i>Beispiele</i>	6
b) Die Darstellung der SPD.....	8
c) Rolle der Grünen – Unterwerfung der CDU.....	9
d) Die AfD als ‚Rechtsstaatspartei‘	10
e) Die AfD und der Antisemitismus	11
3. Die ‚Feinde‘, bzw. das ‚feindliche‘ Personal.....	12
a) Muslime.....	12
b) Queere Personen, Transpersonen, Gender, Homosexualität	13
<i>Basis-Erzählung</i>	13
„Translobby“	14
„Gendern“ und „politische Korrektheit“ im Sprachgebrauch	16
c) Sinti und Roma	16
4. Argumentative Merkmale	18
a) Von der Ausnahme zur Regel	18
b) Übertreibungen	19
5. Vergleich mit den Ergebnissen der Analysen von AfD-Reden 2017-2019.....	20
Quellen	21

Zusammenfassung

In der vorliegenden Analyse wurden von verschiedenen AfD Politiker*innen im Landtag Nordrhein-Westfalens gehaltene Reden analysiert. Hierfür wurden Reden zu verschiedenen Thematiken ausgewählt. Den theoretischen Rahmen der Analyse bilden dabei die Binarismusanalyse nach Paul und die populistische Konstellation. Zentral für die AfD als rechtspopulistische Partei sind die Konstruktion von Zugehörigkeit und eine entsprechende Abgrenzung von den nicht Zugehörigen.

Dies geschieht durch eine einer binären Logik entsprechenden Aufteilung in eine „Wir“-Gruppe und eine „Sie“-Gruppe. Den Mitgliedern der „Wir“-Gruppe werden Eigenschaften zugeschrieben, welche ihre Überlegenheit gegenüber der „Sie“-Gruppe hervorheben, sie sind gerecht, tugendhaft, moralisch und zivilisiert. Als „rationale und vernünftige“ Personen kommt ihnen ein Subjektstatus zu. Diese Position kommt in den betrachteten Reden dem „wahren, guten Volk“ und der AfD zu. Die AfD nimmt für sich in Anspruch, dieses als alleiniger „Fürsprecher“ zu vertreten. Unterstrichen wird dieser Anspruch durch eine in den untersuchten Reden betonte Bürgernähe der Partei und einer Inszenierung als „Rechtsstaatspartei“, welche die Rechte des „wahren, guten Volkes“ verteidigt.

Der als feindlich konstruierten „Sie“-Gruppe kommen demgegenüber Eigenschaften zu, welche denen der „Wir“-Gruppe binär entgegenstehen. Demnach sei die „Sie“-Gruppe selbstsüchtig, egoistisch, korrupt, gierig, dumm und triebgesteuert. Ihr wird lediglich eine „instrumentelle“ Vernunft zugestanden, durch welche sie ihre Ziele erreichen kann. Die Rhetorik der AfD folgt einer populistischen Konstellation dieser Erzählung. In dieser wird die Grenze zwischen der Sphäre der „Wir“-Gruppe (die „Zivilisation“) und der „Sie“-Gruppe als gefährdet markiert. Ein Eindringen der „Sie“-Gruppe ins Innere der Zivilisation würde zu einer Zerstörung dieser führen. Es wird unterstellt, dass bestimmte Gruppen der „Wir“-Gruppe (das „Establishment“), beispielsweise andere Parteien, durch „verführerische Ideologien“ und Versuchungen der „Sie“-Gruppe benebelt wurden und so ein Eindringen der „Sie“-Gruppe ermöglichten und das eigene Gemeinwesen an „den Feind verraten“ haben.

Als Vertreter der feindlichen „Sie“-Gruppe werden in den untersuchten Reden beispielsweise Muslime, queere Personen und Sinti und Roma dargestellt und abgewertet.

Als argumentative Merkmale, welche die Argumentationen der AfD in den Reden unterstützen, sind insbesondere Übertreibungen und eine Darstellung von Ausnahmen als Regel zu nennen.

Einleitung

Vor dem Hintergrund der wachsenden Bedeutung der AfD und anderer rechtspopulistischer Parteien in den letzten Jahren – auch weltweit – soll dieser Bericht einen Beitrag dazu leisten, inhaltliche Positionen der AfD herauszuarbeiten und Strategien der Argumentationen zu verdeutlichen. Hierzu wurden im Landtag Nordrhein-Westfalens gehaltene Reden zu verschiedenen Themen (Bildungspolitik, Energiepolitik, Demokratie, Situation von Sinti- und Roma in Nordrhein-Westfalen, Nahostkonflikt, Kleingärten in Nordrhein-Westfalen, Israel und der Nahostkonflikt, Jesiden in Deutschland und LGBTQI-Personen) ausgewählt und analysiert, um eine größere thematische Breite abzudecken. Es zeigte sich, dass politische Ansichten der Redner*innen und bestimmte Argumentationsmuster bei allen Reden unabhängig von der Thematik dominierten. Daher ist zu erwarten, dass sich die herausgearbeiteten argumentativen Muster auch in nicht untersuchten Reden finden werden.

1. Theoretischer Analyserahmen: Die „binäre“ Konstellation

Zentral für populistische Parteien ist die Frage nach Identität, Zugehörigkeit und Abgrenzung. Populistische Parteien wie die AfD inszenieren sich als Opposition zu „Eliten“ und dem „Establishment“ und als Verteidiger des „wahren Volkes“, welches diesen Eliten gegenüber steht. Die zentrale These ist hierbei, dass letztere nicht die Interessen des „einfachen Volkes“ vertreten, sondern unmoralisch und korrupt handeln und in prinzipieller Weise die Interessen des „wahren Volks“ verraten würden (Müller 2020; Decker 2021).

a) „Wir“- und „Sie“-Gruppe

Diese Selbst- und Fremdszenierung folgt einer binären Logik, welche eine Aufteilung in eine „Wir“-Gruppe und eine „Sie“-Gruppe vornimmt. Der „Wir“- Gruppe kommt dabei eine überlegende Position zu: Sie ist moralisch gut, zivilisiert, tugendhaft und gerecht. Als vollgültiges Subjekt wird ihr ein „Kopf“-Status, d.h. Rationalität und Vernunft zugeschrieben. Die Mitglieder der „Wir“-Gruppe sind demnach nicht egoistisch, sondern fokussieren sich darauf, die Gemeinschaft durch Reproduktion zu erhalten. Sie handeln vorausschauend, indem sie – zugunsten der Gemeinschaft – Vorräte und Besitz anhäufen. Als zivilisierte, rationale Akteure sind Mitglieder der „Wir“-Gruppe durch harte Arbeit, Konsumverzicht, Triebkontrolle und Selbstaufopferung für die Gemeinschaft charakterisiert.

Die Fähigkeit zum Triebverzicht kann sich beispielsweise in einem der Reproduktion der „Wir“-Gruppe verpflichteten Sexualverhalten zeigen. Hierbei ist nicht das Ausleben von Sexualität das Ziel, sondern die ‚Pflicht‘, die eigene Gruppe durch für das Kollektiv geborene Kinder zu erhalten. Kinderlose oder queere Partnerschaften, welche keine die Gruppe

reproduzierenden Kinder hervorbringen können, werden dieser Logik nach als parasitär und egoistisch, d.h. entlang der Eigenschaften der als Gegner inszenierten „Sie“-Gruppe verortet. Im Rahmen der folgenden analytischen Betrachtungen zeigt sich, dass in der Rhetorik der AfD dem „wahren, guten Volk“ und der AfD als dessen alleinigem ‚Fürsprecher‘ der Status der „Wir“-Gruppe zugeschrieben wird. Damit einher geht die Zuschreibung einer eigenen moralischen Superiorität (Paul 2019, Müller 2020).

Dem gegenüber steht die als Feind inszenierte „Sie“-Gruppe. Diese wird durch einen Katalog von Eigenschaften charakterisiert, der dem der „Wir“-Gruppe binär entgegensteht: Demnach ist die „Sie“-Gruppe selbstsüchtig, egoistisch, korrupt, gierig, dumm und triebgesteuert. Ihr wird lediglich eine „instrumentelle“ Vernunft zugestanden, welche sie zur Erreichung ihrer niederen, triebgeleiteten Ziele befähigt. Hier kann der „Sie“-Gruppe allerdings auch eine besonders hohe ‚Raffinesse‘ oder ‚Gier‘ zugeschrieben werden, mit der sie ihre ‚materiellen‘ Ziele zu erreichen sucht (☒ Verschwörungsnarrative). Mitgliedern der „Sie“-Gruppe wird fehlende Arbeitsbereitschaft und ein fehlender Wille zum Konsumverzicht zugeschrieben, wodurch sie als zur Besitzanhäufung und weitsichtigen Vorratsbeschaffung unfähig erscheinen (Paul 2019).

Fasst man diesen Katalog der „Sie“-Eigenschaften symbolisch zusammen, so zeigt sich, dass er sich entlang des Bilds eines aggressiven „Körpers“ bewegt, welcher – weiter gesteigert und zugespitzt – in die „Tier“- und „Bestien“-Metaphorik übergehen kann. Analog zur moralischen Superiorität, die sich die „Wir“-Gruppe selbst zuschreibt, wird dementsprechend der „Sie“-Gruppe ein Tiefststand an Moralität bescheinigt (Paul 2019).

In unseren Analysen zeigt sich, dass der Katalog der „Sie“-Eigenschaften sehr oft dem „Establishment“, bzw. den Parteien zugeordnet wird, die als Vertreter dieses „Establishments“ markiert werden. Die Zuordnung erstreckt sich aber letztlich auf alle, die die Selbstinszenierung der AfD als Fürsprecher des „wahren Volkes“ nicht teilen und die AfD in ihrer Rolle nicht unterstützen (Müller 2020).

2. Die populistische Variante

Die Rolle des „Establishments“ zeigt, dass die Rhetorik der AfD einer populistischen Variante der „Wir“/ „Sie“-Ausgrenzungserzählung folgt.

Dazu muss bedacht werden, dass die binäre Erzählung von einer „Wir“- und einer „Sie“-Gruppe immer die Inszenierung einer Grenze beinhaltet, die – über rhetorischen Alarmismus – ständig als „gefährdet“ markiert werden kann. Impliziert wird, dass die Sphäre der „Wir“-Gruppe (die ‚Zivilisation‘) durch die „Sie“-Gruppe gefährdet ist, welche von „außen“ oder „unten“ ins Innere der Zivilisation eindringt, um sie in der Folge letztlich zu zerstören (Paul 2020).

In der *populistischen Konstellation* wird allerdings unterstellt, dass es der „Sie“-Gruppe gelungen ist, die bestimmenden Vertreter der „Wir“-Gruppe, also das Innere von Zivilisation und Staat (☒ das ‚Establishment‘), durch ‚verführerische‘ Ideologien und ‚Versuchungen‘ zu benebeln und ‚blind‘ zu machen, so dass sie der „Sie“-Gruppe den Weg in die „Wir“-Gruppe freigemacht haben: Das „Establishment“ hat nach dieser Lesart – aufgrund ‚körperlicher‘ Versuchungen durch die „Sie“-Gruppe – das eigene Gemeinwesen an den Feind verraten‘.

Dem Feind wird dabei trotz der Zuschreibung von Triebgesteuertheit und Dummheit ein hohes Maß an instrumenteller Vernunft zugeschrieben, indem er mittels hinterhältiger Taktiken, u.a. durch Lauern, Täuschen und Verstellen sein Ziel, nämlich die „Beute“ erreichen kann (☒ Mastermind-Narrativ, Verschwörungs-Narrativ). In der *populistischen Konstellation* steht somit dem Verräter-Stereotyp auf der Seite der „Wir“-Gruppe oft ein Verschwörungs-Narrativ auf der Seite der „Sie“-Gruppe gegenüber.

Diese populistische Konstellation zeigte sich bereits in den Flüchtlingsdebatten des Jahres 2015, als Frau Merkel als „Volksverräterin“ bezeichnet wurde, die die Tore für den „Feind“ (muslimische Männer) geöffnet hätte. Eine propagandistische Rolle z.B. im Bereich der Rhetorik von PEGIDA spielten Selfies, die Frau Merkel mit Geflüchteten zeigten und die – für PEGIDA und die AfD – unterstreichen sollten, wie sehr Frau Merkel ‚dem Charme‘ des ‚Feindes‘ erlegen sei.

Diese populistische Konstellation steht weiterhin im Zentrum der untersuchten Reden von AfD-Vertretern im Landtag.

a) AfD als Kümmerer und Anwalt des ‚Volkes‘

i. Beispiele

Da die AfD als alleiniger Fürsprecher und Interessenvertreter des „wahren Volkes“ erscheinen möchte, geht es ihr vornehmlich darum, Verfehlungen und Unrecht der „Sie-Gruppe“ (des „Establishments“) gegenüber dem „wahren Volk“ aufzudecken und die Aufmerksamkeit auf ‚feindliche‘ Interessen zu richten, welche die „Wir-Gruppe“ bedrohen.

Eine Variante dieser Konstellation findet sich z.B. in einer Rede von Enxi Seli-Zacharias (Seli-Zacharias 2023) zum Stichwort der Homo- und Transfeindlichkeit. Darin argumentiert sie, der Staat habe „sich der queeren Ideologie vollends unterworfen“. Die Vertreter der „Translobby“ hätten sich „unter dem Deckmantel der Toleranz (...) schrittweise in Politik, Justiz, Universitäten und Medien eine totalitäre Machtposition verschafft“. Die „Mär von der grässlichen Diskriminierung“ und der „Deckmantel der Toleranz“ würden von einer feindlichen LGBTIQ- Lobby genutzt, um Grüne, die CDU und letztlich den gesamten Staat zu unterwerfen.

Letztere würden die „berechtigten Sorgen in Bezug auf ein wachsendes Gewaltpotenzial gegenüber Homosexuellen“ im geforderten Aktionsplan ohnehin nur oberflächlich aufgreifen. Durch ihre „gescheiterte Migrationspolitik“ hätten sie die Täter „selbst ins Land geholt“. Die Rednerin spricht von einer „Selbstlüge“ von CDU und Grünen und von einer Lüge und Verschleierung gegenüber dem „wahren Volk“.

Auch der Abgeordnete Christian Loose portraitiert in einer Rede zu Situation an Schulen in Nordrhein-Westfalen (Loose 2024) die AfD als volksnahen Kümmerer, hier an der Seite betroffener Schulkinder und ‚verzweifelter‘ Eltern in einer lokalen Bochumer Schulsituation, in welcher zunächst zu wenige Schulplätze an einigen weiterführenden Schulen zur Verfügung standen. Unterstrichen wird nicht nur die Nähe der AfD zur ‚Lage vor Ort‘. Vielmehr dient der lokale Fall als Grundlage, um von ihm auf die Situation an Schulen in Nordrhein-Westfalen insgesamt zu schließen. Konkret demonstriert der Redner seine Empathie gegenüber den Bürger*innen, die unter den politischen Entscheidungen der „Altparteien“ leiden und von diesen „alleingelassen“ würden. Loose führt sogar ‚patriotische‘ Deutsche „mit türkischen Wurzeln“ an, die auf ‚deutsche‘ Schulen drängten und vom Establishment im Stich gelassen würden, während er, Loose, mit ihnen persönlich bekannt sei.

In einer weiteren Rede zur Windenergienutzung in Nordrhein-Westfalen variiert der Abgeordnete Loose das Thema der Nähe zwischen AfD und Bürgerinteressen vor Ort (Loose 2023b). Nun stellt er sich „ausdrücklich“ an die Seite des ‚bürgerschaftlichen Engagements‘ „unserer Bevölkerung“ gegen die Errichtung von Windkraftträdern. Dabei greift er insbesondere Argumente auf, die einen engen lokalen Bezug haben, so z.B. die Effekte von „Infraschall“ und „Schlagschatten“. Erneut wird CDU und Grünen als regierenden Parteien vorgeworfen, die Bürger*innen und ihre Sorgen nicht ernst zu nehmen. Der Redner unterstellt sogar, dass die CDU und Grüne mit dem behandelten Gesetzentwurf einen ‚Bestechungsversuch‘ unternehmen würden, indem sie den „Widerstand der Bürger mit ein bisschen Klimpergeld ... ersticken“ wollten. Während die AfD inhaltlich auf die Probleme von Bürger*innen eingehe, würde die Regierung den Bürgern eine – dazu noch zu geringe – finanzielle Kompensation anbieten.

Demgegenüber demonstriert die Abgeordnete Enxi Seli-Zacharias (Seli-Zacharias 2024) ihre Bürgernähe anhand der Situation von Sinti und Roma im Ruhrgebiet, indem sie auf ‚selbstbeobachtete‘ Missstände bezüglich der Wohnsituation von Sinti und Roma, d.h. auf überfüllte Wohnungen in Gelsenkirchen verweist. Dem stellt sie das Versagen und die ‚Unehrllichkeit‘ der Regierungsverantwortlichen gegenüber, welche verschweigen würden, was die Abgeordnete sozusagen ‚mit eigenen Augen‘ gesehen habe.

b) Die Darstellung der SPD

Auch in einer Rede von Zacharias Schalley (Schalley 2024) zum 100-jährigen Jubiläum des Kleingartenwesens wird das Kernargument von der Nähe zwischen Volk und AfD variiert und sogar mit einer historischen Dimension versehen. So hebt der Redner die geschichtliche Bedeutung von Kleingärten als Wohnraum oder Rückzugsort vor ‚staatlichen Übergriffen‘ hervor. Schrebergärtner ließen es sich – wie die AfD – nicht nehmen, „die Dinge schonungslos beim Namen zu nennen und Wahrheiten schnörkellos anzusprechen“. Demgegenüber betrachte die SPD Kleingärtner nur als ein „nicht zu unterschätzendes Wählerreservoir“. Es ginge ihr somit nicht um deren Probleme, sondern um deren Wahlstimme. Ehemalige traditionelle Wählermilieus der SPD würden demnach nur noch als „Stimmressource“ instrumentalisiert.

Im Kontrast dazu inszeniert sich die AfD als Verteidiger der Kultur der Schrebergärten. Sie seien „Rückzugsorte der Freiheit und des Privaten“ gegenüber dem „Allmachtsanspruch“ „übergriffiger Ideologien“ und „linker Politisierung“ der „Altparteien“. Dagegen kämpfe die AfD an der Seite der Kleingärtner, beispielsweise um die Einbindung von Kleingärten in Klimaschutzüberlegungen abzuwehren.

Der SPD wird von Schalley attestiert, dass sie nicht mehr im Arbeitermilieu verwurzelt sei. Sie habe den Bezug zu den Interessen der „kleinen Leute“, die sich traditionell besonders von der SPD vertreten sahen, verloren und würde sich auch nicht mehr für ihre Belange einsetzen. Anstatt dessen habe die SPD-Positionen eines „linken Politikestablishments“ übernommen und sei somit zum Feind der „kleinen Bürger“ und „Arbeiter“ geworden, wie beispielsweise der in der Rede aufgegriffenen Schrebergärtner.

Besonders deutlich beobachten lässt sich die Selbstpositionierung und Vermarktung der AfD als „Anwalt des kleinen Mannes“ und des „Arbeiters“ im Kontrast zur SPD im Ruhrgebiet.

Bereits 2017 warb der von der SPD zur AfD gewechselte Politiker Guido Reil zur damaligen Landtagswahl in Bergmannskluft und mit dreckigem Gesicht mit dem Zitat: „Im Herzen Sozi. Deshalb bei der AfD. Glückauf, mein NRW.“. Bei der Bundestagswahl im gleichen Jahr warb die AfD mit dem Zitat: „Ich bin dabei, weil die SPD die Interessen der kleinen Leute nicht mehr vertritt“. Für die Bundestagswahl 2025 wirbt Guido Reil auf einem Plakat mit der Zeche Zollverein im Hintergrund und dem Slogan „Auf Kohle geboren“. Reil vermarktet sich als „einer von uns“, welcher der AfD aus der SPD beigetreten ist, weil diese nicht mehr die Interessen der „einfachen Leute“ vertrete. Die AfD versteht sich demzufolge als Nachfolger der SPD in einer „Sozialpartnerschaft“ zwischen Politik und Gesellschaft. Die Partei vermarktet sich an unzufriedene SPD-Wähler, welche sich in der Vergangenheit von der SPD repräsentiert fühlten. Zudem versucht die Partei auch „Modernisierungsverlierer“ anzusprechen, welche im Kontext von wirtschaftlicher Schwäche und Polarisierung in strukturschwächeren Regionen, wie dem Ruhrgebiet, vermutet werden (Dinter 2021).

Ein Beispiel für die Inszenierung der AfD als „Kümmerer und Kämpfer“ für die Interessen des „kleinen Mannes“ und gegen die „Altparteien“ im Landtag Nordrhein-Westfalens sind die Vorkommnisse während einer Aussprache zu einem Antrag der AfD-Fraktion bezüglich gekündigter Bergleute am 10.07.2019 (Plenarprotokoll 17/ 62, 2019). In diesem Antrag wirft Christian Loose für die AfD den anderen Parteien im Parlament, besonders der CDU und SPD, vor, dass diese wortbrüchig geworden seien und 200 Bergleute entgegen den Versprechungen von CDU und SPD ohne Zukunftsperspektive ins „Bergfreie“ fielen. Dabei wurden von der AfD-Fraktion Kontextinformationen ausgespart.

Für diese Aussprache hatte die AfD Bergleute in Bergmannskluft als Zuschauer eingeladen, welche die Aussprache von der Zuschauertribüne aus verfolgten. Aufgrund von Buhrufen von der Tribüne wurden die entsprechenden Besucher von der Besuchertribüne verwiesen. Diese trommelten von außen weiter auf die Scheiben der Besuchertribüne. Die AfD hat die Szenen zusammen mit Mitschnitten der Aussprache im Anschluss im Rahmen eines Videos mit der Überschrift „Skandal im Landtag: Altparteien werfen Opfer ihrer Politik raus und erteilen Hausverbot“ auf ihrer Facebookseite hochgeladen (AfD-Fraktion NRW, 2019).

In den in dieser Ausarbeitung analysierten AfD-Reden liegt der Fokus jedoch stärker auf der Darstellung der CDU und der Grünen als aktuelle Koalitionspartner in der Landesregierung.

c) Rolle der Grünen – Unterwerfung der CDU

Dabei greift beispielsweise der AfD-Landtagsabgeordnete Tritschler in einer Rede das Narrativ der „Unterwerfung der CDU durch die Grünen“ auf. Er argumentiert, dass „die Grünen“ anhand ihrer „Schwachsinnsideologien“ „unser Land kaputtregieren würden“. Die CDU gebe sich dabei als „Mehrheitsbeschaffer“ für jeden „Quatsch“ her (Tritschler 2024).

Während die Grünen angeblich als Feinde staatliche Strukturen unter ihre Kontrolle gebracht hätten, hätten sie die CDU unterworfen und könnten durch den dadurch gewonnen Einfluss ihr destruktives Verhalten umsetzen.

Dieselbe Argumentation findet sich in einer Rede des Abgeordneten Christian Loose (Loose 2023b), in der sich der Sprecher als Vertreter des „kleinen Bürgers“ inszeniert und im Gegensatz dazu von der „grünen CDU“ spricht, womit die Unterwerfung und Annäherung der CDU gegenüber den Grünen impliziert ist.

Das Narrativ der AfD als „Anwalt des Volkes“ wird vom Abgeordneten Loose (Loose 2024) auch an anderer Stelle in Anspruch genommen, wenn er sich/ die AfD sich mit demonstrierenden Eltern und Schülern solidarisiert, da den „Altparteien“ das Gendern wichtiger sei als Probleme im Bildungswesen.

d) Die AfD als ‚Rechtsstaatspartei‘

Eng mit der Argumentation der AfD als ‚Anwalt und Kümmerer des Volkes‘ verbunden ist auch die Erzählung der AfD als ‚Rechtsstaatspartei‘. Die AfD argumentiert dabei, dass „Altparteien“ (Verfassungs-) Recht brechen würden, um dem „wahren Volk“ seine Rechte vorzuenthalten und den ‚feindlichen Ideologien‘ der ‚Sie-Gruppe‘ Vortrieb zu leisten. Die ‚Wir-Gruppe‘ (das ‚Volk‘) würde dabei um ihre bestehenden Rechte gebracht.

Ein Beispiel ist erneut die Rede des Abgeordneten Loose zur Windenergienutzung in Nordrhein-Westfalen (Loose 2023b). Dort behauptet er, dass das entsprechende Gesetz nach Einschätzung von Sachverständigen verfassungswidrig sei. In diesem Zusammenhang bezeichnet Loose die AfD als „Rechtsstaatspartei“, also als eine Partei, welche sich für die Einhaltung (grund-) gesetzlicher Regelungen einsetze. Dabei verschweigt der Abgeordnete allerdings, dass die AfD vom Bundesamt für Verfassungsschutz als Verdachtsfall einer rechtsextremen Bestrebung eingestuft wurde und die Landesverbände in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen als gesichert rechtsextrem durch die Behörden des Verfassungsschutzes der Länder eingestuft werden (Bundesamt für Verfassungsschutz 2024; Statista 2024).

Auch der Abgeordnete Tritschler (Tritschler 2024) argumentiert in einer Rede zum Thema des Kommunalwahlgesetzes, dass die „Altparteien“ mit dem eingebrachten Gesetzesentwurf Bürger*innen die demokratische Mitwirkung auf kommunaler Ebene, beispielsweise durch Kleinparteien und Wählergruppen, erschweren würden. Auf diese Weise würden die regierenden „Altparteien“ versuchen, ihre Macht ungerechtfertigterweise aufrecht zu erhalten und die durch die Umsetzung des neuen Gesetzes gewonnenen Sitze als „Beute“ unter den anderen „Parteifreunden“ aufzuteilen.

Tritschler prangert Versuche der „Altparteien“ an, ihre Macht zu erhalten und Bürger*innen Partizipationsmöglichkeiten zu nehmen, und wertet dies als ‚Unrecht‘ im Sinne von Urteilen des Bundesverfassungsgerichts, die das verfassungswidrige Handeln der „Altparteien“ belegen würden. Die AfD setze sich dagegen für die Rechte der „einfachen Bürger“ ein, indem sie die Mitbestimmung auf lokaler Ebene und die Demokratie vor den machtbesessenen, undemokratischen „Altparteien“ schütze. Um die ‚Selbstlosigkeit‘ der AfD noch weiter hervorzuheben, betont der Redner, dass die AfD das Gesetz ablehne, *obwohl* es sie selbst (als ‚große Partei‘) „inzwischen kaum noch betrifft“. Damit soll die Prinzipientreue der AfD als „Rechtsstaatspartei“ herausgestellt werden, welche im Gegensatz zu den „Altparteien“ die Interessen des ‚Volkes‘ unabhängig von eigenen Interessen vertreten würde.

e) Die AfD und der Antisemitismus

In seiner Rede zum Thema „Solidarität mit Israel“ rückt Dr. Martin Vincentz das ‚Establishment‘ sogar in die Nähe von Unterstützern der Hamas und zählt dazu auch die „BBC und weitere westliche Medien“, den UN-Generalsekretär Guterres und einen Chor von „saturierten und bornierten Stimmen“ (Vincentz 2023). In Deutschland würden Politiker, Journalisten und andere öffentliche Personen schweigen, „wenn auf deutschen Straßen das Existenzrecht Israels infrage gestellt wird, ja die Vernichtung von Israel und Juden gefordert wird“. Sie redeten in „Feierreden“ von der „Staatsräson Deutschlands“, würden aber bezüglich der Handlungen der Hamas „schweigen“, „relativieren“ den „Terror feiern“ und mit der Hamas demonstrieren. Das „Establishment“ sei daher dafür verantwortlich, „dass Hass wieder in die Gesellschaft sickert“, „fruchtbaren Boden findet“ und „sich immer weiter ausgebreitet hat“.

Die eigentliche Zielrichtung des Redners während der gesamten Rede geht aber – in skandalöser Weise – in gänzlich andere Richtung, so dass er sich genötigt sieht, bei deutschen Juden um Verständnis zu bitten: Er könne verstehen, dass sie ein „gewisses Unbehagen“ verspürten, wenn eine „Partei der deutschen Rechten“ sich zu ihnen bekenne und sich mit ihnen solidarisiere. Tatsächlich rückt Vincentz in der Hauptsache in der Form einer Täter-Opfer-Umkehr – parallel zu Jüdinnen/Juden und Israel – die AfD in die Rolle der vom ‚Establishment‘ und der durch ‚Antisemitismus‘ Verfolgten: Der Redner parallelisiert die Bedrohung des Existenzrechts Israels mit der Bedrohung des Existenzrechts der AfD – bzw. das Vorgehen des ‚Establishments‘ gegen die AfD mit Antisemitismus. Zugleich versucht er, ausgerechnet die nationale Idee als das zu definieren, mit dem nun „deutsche Schuld“ abgetragen werden sollte und in der die AfD „als Patrioten“ und „Israel als freie Nation“ zusammenkämen.

Dass es sich allerdings hierbei um eine taktische Haltung der AfD zu Israel, Jüdinnen/ Juden und Judentum handelt, wird in einer Rede der Abgeordneten (vgl. Abschnitt 3c) Seli-Zacharias (Seli-Zacharias 2024) deutlich, in der sie mit der Formulierung „Antisemitismus & Co.“ auf einen Lobbyismus des ‚Establishments‘ für Minderheiten verweist, die eigentlich keine Hilfe benötigen würden, die aber vom ‚Establishment‘ dennoch gefördert würden.

3. Die ‚Feinde‘, bzw. das ‚feindliche‘ Personal

In AfD-Reden treten wiederholt zwei Gruppen als Feinde der Gesellschaft auf, denen ‚die Grünen‘ als innere Verräter und als verlängerter Arm eines nebulösen äußeren Feinds (eines ‚Mastermind‘) entweder ‚verfallen‘ sind, oder welche ‚die Grünen‘ vermeintlich als ihr ‚Instrument‘ nutzen, um den Bestand der Gesellschaft zu untergraben.

a) Muslime

Eine Gruppe, die in den untersuchten Reden insbesondere der feindlichen „Sie-Gruppe“ zugerechnet wird, stellen Muslime, besonders muslimische Migranten dar. Dies geschieht auch über ‚Umwege‘.

So wird in einer Rede der Abgeordneten Enxi Seli-Zacharias zum Aktionsplan für Vielfalt und gegen Homo- und Transfeindlichkeit (Seli-Zacharias 2023) Gewalt gegen homosexuelle Personen als „barbarisch“ und als „Ausdruck mangelnder Zivilisation“ bezeichnet. Dies sind typische Eigenschaften, die in herabsetzender Rhetorik stets einer „Sie-Gruppe“ zugeordnet werden. Unmittelbar darauf erwähnt die Rednerin den Angriff auf Malte C. durch den tschetschenischen Täter Nuradi A (WDR 2024), um daraus zu folgern, dass queerfeindliche Täter durch eine „gescheiterte Migrationspolitik“ „selbst ins Land geholt worden“ seien. Im weiteren Verlauf der Rede wird noch deutlicher, dass sich die Einordnung von Gewalt als „barbarisch“ und als Ausdruck mangelnder „Zivilisation“ auf eingewanderte Muslime bezieht, dass also die Verantwortung für queerfeindliche Taten muslimischen Migranten zugeschrieben wird.

Zudem wird auch die Gefahr für junge migrantische Frauen betont, welche sich mit „unseren“ zivilisierten Werten, d.h. mit der ‚Wir‘-Gruppe des Volkes/der Deutschen identifizieren. Damit wird gleichzeitig argumentiert, dass diese Frauen das „unzivilisierte“ und „barbarische“ Wertesystem der muslimischen „Sie-Gruppe“ hinter sich gelassen haben und somit dem Inneren der ‚Wir‘-Gruppe“ zugehörig geworden sind. Dem werden ‚mangelhaft integrierte Familienmitglieder‘ gegenübergestellt, welche in Konflikt mit diesen Frauen geraten, was zu „zahlreichen Fällen von Ehrenmorden“ in Nordrhein-Westfalen führe. Für eine Häufung von Morden in den letzten Jahren innerhalb Nordrhein-Westfalens, welche als Ehrenmorde klassifiziert werden, lässt sich kein offizieller Beleg finden.

Muslimische Migranten werden also unter Verdacht gestellt, gewaltbereite Feinde queerer Personen und progressiver migrantischer Frauen zu sein. Somit kommt es zu einer argumentativen Verknüpfung von Migration, Religionszugehörigkeit und Kriminalität. Da in der Rede keine anderen ‚typischen‘ Tätergruppen genannt werden, erscheint Gewalt gegen queere Personen und Frauen als ein besonders durch Migration aus dem „außen“ importiertes Problem, welches somit nicht in der „Wir-Gruppe“ zu verorten ist.

Eine ähnliche Konstellation zeigt sich in einer Rede des Abgeordneten Christian Loose zum Thema des Abschiebestopps für Jesidinnen und Jesiden (Loose 2023a). Der Redner solidarisiert sich zwar vordergründig mit Jesid*innen, spiegelt aber durch sie lediglich das eigentliche Darstellungsziel der ‚barbarischen Muslime‘. Den „anderen Parteien“ wird von Loose vorgeworfen, die Tragweite der Situation um den radikalen Islamismus zu verkennen, zu ignorieren und mit radikal islamistischen Gruppierungen zusammenzuarbeiten. Zudem würden die anderen Parteien die AfD diffamieren, eine Partei, welche der Argumentation nach auf diese Entwicklungen hingewiesen hat und ein härteres Vorgehen gegen den radikalen Islam und den IS sowie die Verfolgung von Kriegsverbrechern fordere. Sowohl die Jesid*innen und andere als wirklich hilfsbedürftige gerahmte Flüchtende, als auch die AfD erscheinen so als Opfer der „anderen Parteien“: Ein Vorgehen gegen die AfD wird dann zum Vorgehen gegen Jesid*innen.

b) Queere Personen, Transpersonen, Gender, Homosexualität

Zu den Gruppen, die AfD-Politiker in der Regel der feindlichen „Sie“-Gruppe zurechnen, gehören queere Personen, insbesondere Transpersonen. Beziehungsweise erscheinen sie oft als vermeintliches ‚Instrument‘ der Grünen (die ihrerseits als verlängerter Arm des äußeren ‚Feindes‘ erscheinen), mit denen diese den Bestand der Gesellschaft untergraben wollen. Hinzu kommen die Themen ‚Gender‘ und Homosexualität.

Basis-Erzählung

Hintergrund ist die zentrale Rolle der ‚eigenen‘ Reproduktion in völkischen, bzw. in allen binären „Wir“/ „Sie“-Erzählungen (vgl. „Die Deutschen sterben aus“). Die ‚Reproduktion‘ gehört in dieser Rhetorik stets zu jenen ‚Leistungen‘, mit denen Mitglieder der „Wir“-Gruppe ihre selbstlose, aufopfernde Haltung für die Gemeinschaft ‚nachweisen‘ (müssen). Paradoxerweise kann diese Sexualität, da sie mit ‚Pflicht‘ verknüpft ist, sogar als ‚Triebverzicht‘ gedeutet werden. Als Legitimation dient dabei der Verweis auf die hohe ‚Reproduktionsrate‘ der feindlichen „Sie“-Gruppe, bzw. auf deren ‚unkontrollierte‘ bzw. ‚unkontrollierbare‘, ‚triebgeleitete‘ Sexualität, von der die eigene Gruppe ‚überflügelt‘ zu werden droht.

Diese binäre „Wir“/ „Sie“-Rhetorik kann noch stärker legitimiert werden, wenn für die ‚eigene Sexualität‘ die ‚Natur‘ und die ‚Schöpfung‘ in Anspruch genommen wird, die eine ‚geordnete Gesellschaft vorsehe. Eine fehlende Bereitschaft oder die Unfähigkeit zur bzw. die Verweigerung der Reproduktion innerhalb der „Wir“-Gruppe kann dann nicht nur als ‚gemeinschaftsschädlich‘, sondern auch als ‚unnatürlich‘ oder ‚widernatürlich‘ abgewertet

werden, während auch die ‚unkontrollierte‘ Sexualität des ‚Feindes‘ als Widerspruch zum ‚Schöpfungsplan‘ apostrophiert werden kann, da in diesem Plan eine ‚geordnete‘, nicht eine chaotische Gesellschaft vorgesehen sei (Paul 2019).

In den untersuchten Reden wird diese Basis-Erzählung mit der populistischen Erzählung verwoben. Dadurch kommt es oft zu – teilweise eklatanten – Widersprüchen, bzw. zur Verwirrung, welche ‚Feindgruppen‘ eigentlich gemeint sind.

„Translobby“

In einer Rede von Seli-Zacharias (Seli-Zacharias 2023) erscheint die Basis-Erzählung zunächst durch den Verweis auf die Natürlichkeit von „Zweigeschlechtlichkeit“. Die „Translobby“ führe dagegen einen Kampf ‚gegen die Natur‘. Ihr gehe es nicht „um die Würde und den seelischen Frieden von Andersgeschlechtlichen“, sondern „um die Negation von der Zweigeschlechtlichkeit des Menschen überhaupt“.

Seli-Zacharias spricht in diesem Zusammenhang sogar von einer „verfolgenden Minderheit“, der sogar (als Reaktion auf eigene Verfolgung?) ein Rachemotiv unterstellt wird. Unter dem „Deckmantel der Toleranz“ seien nunmehr CDU, Grüne und der gesamte Staat „ideologisch verblendet“ worden, da sie sich der „queeren Ideologie vollends unterworfen“ hätten. Im Hintergrund der „Translobby“ erscheint hier ein überlebensgroßer Mastermind zu wirken, dem man „in Politik, Justiz, Universitäten und Medien eine totalitäre Machtposition verschafft“ habe (Seli-Zacharias 2023).

Allerdings ist sich Seli-Zacharias nicht ganz einig mit sich selbst, ob sie die „Translobby“ eigentlich doch noch zur „Wir“-Gruppe zählen soll, da sie diese zugleich auch als Opfer muslimischer Einwanderer verortet. Einerseits charakterisiert sie die „Translobby“ als Gefahr für den Fortbestand Deutschlands und ruft zum Kampf gegen sie auf. Gleichzeitig bezeichnet sie Angriffe auf queere Personen als „barbarisch und ein Ausdruck mangelnder Zivilisation“ und verweist dabei auf die Gefahr für queere Menschen durch muslimische Einwanderer. Den muslimischen Einwanderern wird die Position der barbarischen und unzivilisierten, den sozialen Frieden bedrohenden Eindringlinge zugeschrieben, vor denen man queere Personen schützen müsse. Dadurch entsteht die Frage, ob die von der AfD bekämpfte „Translobby“ gegebenenfalls eine ‚Tarnorganisation‘ ist, die mit queeren Personen gar nichts zu tun hat? Aber wie könnte sie dann aus Rache – aufgrund eigener Ausgrenzungserfahrungen – agieren? Es bleibt das Geheimnis der Rednerin, sich in ihrem eigenen Labyrinth der Feindbilder zurechtzufinden.

Ein weiteres Beispiel für die Abwertung queerer Personen findet sich in einer Rede von Sven Tritschler (Tritschler 2024) zur „Änderung des Kommunalwahlgesetzes und weiterer wahlbezogener Vorschriften“. Darin wendet er sich mit transfeindlichen Ausführungen gegen die Bundestagsabgeordnete Tessa Ganserer und unterstellt ihr, sie sei nicht aufgrund ihrer Eignung und Qualifikation Mitglied des Bundestages geworden, sondern aufgrund einer „Frauenquote“ bei den Grünen, die Tritschler als ideologische, nicht sinnvolle Einrichtung betrachtet. Nur diese „Frauenquote“ habe es Tritschler zufolge Ganserer, die eigentlich „den Körper eines Mannes“ habe, ermöglicht, sich als Frau auszugeben und auf diese Weise in den Bundestag einzuziehen. Ihm zufolge hätte sie dies als Mann aufgrund von Eignung und Leistung nicht geschafft: Mit anderen Worten habe sich die Abgeordnete als Frau ausgegeben, um sich einen Sitz im Bundestag zu ‚erschleichen‘. Derartige „absurde(n)“ Phänomene zeigen Tritschler zufolge, wie die „Altparteien“ und besonders die Grünen das „Land kaputtregieren“.

Gemeint ist damit auf einer sprachlichen Tiefenebene bei Tritschler und Seli-Zacharias einerseits, dass – über ein Instrument wie die Frauenquote der Grünen - queere Menschen das politische System unterwerfen, zu ihren Gunsten umgestalten und sich auf diese Weise weitere Machtpositionen sichern (Seli-Zacharias 2023).

Andererseits verneinen die Abgeordneten das Konzept der vielfältigen Geschlechtsidentität und bestreiten daher eigentlich, dass es Transsexualität gibt. Ganserer und anderen transsexuellen Personen wird vielmehr unterstellt, Transsexualität vorzutäuschen. Stattdessen kann geschlossen werden, dass Tritschler an einer binären, biologisch und körperlich klar feststellbaren Aufteilung in männlich und weiblich festhält. Besonders deutlich wird dies auch in seiner Kritik der Einrichtung von Unisextoiletten „für die anderen 172 Geschlechter, die es angeblich noch gibt“, womit die Existenz weiterer Geschlechter verneint wird.

Sowohl Tritschler als auch Seli-Zacharias widersprechen damit stellvertretend für die AfD der Auffassung von Geschlechtsidentität und der damit verbundenen Selbstbestimmung als Teil des allgemeinen Persönlichkeitsrechts, wie sie vom Bundesverfassungsgericht in seiner Rechtsprechung vertreten wird (vgl. z.B. 1 BvR 2019/16). Diese Auffassung, d.h. die „Negation von der Zweigeschlechtlichkeit des Menschen“ bezeichnen sie stattdessen als „Schwachsinnsideologie“, als fixe Idee, auf die inzwischen die ‚Altparteien‘ und der gesamte Staat hereingefallen seien und womit sie den Fortbestand, d.h. wohl die Reproduktion Deutschlands gefährden würden.

„Gendern“ und „politische Korrektheit“ im Sprachgebrauch

Den Ausführungen in den untersuchten Reden nach seien die anderen Parteien, insbesondere die Grünen und das „Rot-Grünen“-Spektrum selbstgefällige „Tugendwächter“. Sie wollen durch das Verbot von Wörtern oder Schreibweisen und „sprachlicher Bevormundung“ die Freiheit des Einzelnen einschränken. Die Rede ist von einer „woken“ feindlichen Ideologie.

So meint auch Christian Loose (Loose 2024), dass es einer „Grünenpolitikerin wichtiger ist, zu gendern, also von Schüler*innen zu sprechen als die wahren Probleme anzusprechen“. Daher sei es kein Wunder, „dass Schüler und Eltern auf die Straße gehen“ (Loose 2024). Die Abgeordnete Seli-Zacharias spricht von „Tugendwächtern“, wenn diese gegen die Bezeichnung „Zigeuner“ vorgehen würden, statt die ‚wahren‘ Probleme anzugehen (Seli-Zacharias 2024).

Die Argumentation der AfD hinsichtlich der politischen Relevanz von Sprache ist jedoch auffällig widersprüchlich. Beziehungsweise zeigt sich, dass der AfD die politische Funktion von Sprache sehr bewusst ist. So stellte die AfD-Bundestagsfraktion in einem Antrag zur „Verfremdung durch sogenannte Gendersprache“ fest: „Sprache ist eines der wichtigsten Ausdrucksmittel, sie verbindet und prägt die Kultur.“ (Harder-Kühnel et al. 2022). Die AfD ist sich daher bewusst, dass die gesellschaftliche Durchsetzung von gegenüber Minderheiten sensiblen Sprachpraktiken durchaus wichtige politische Folgen haben kann. Indem sie einen Widerstand des „Volkes“ dagegen inszeniert und dafür Partei ergreift, gibt sie zu erkennen, dass eine sprachkritische Bildung breiter Bevölkerungsschichten nicht im Interesse der AfD ist, die gern weit verbreitete Vorurteile gegen Minderheiten als ‚politisches Pfund‘ in der Hand behalten will.

c) Sinti und Roma

In einer weiteren Rede verweist die Abgeordnete Seli-Zacharias (Seli-Zacharias 2024) auf einen – nach ihrer Ansicht – anderen Beleg für die Existenz eines ‚Establishments‘, das in übertriebener Weise für die Wohlfahrt von migrantischen Minderheiten und scheinbar Betroffenen Sorge, und die Augen verschließe, wenn mit ihnen auch kriminelle Banden ins Land kämen. So macht die die Abgeordnete im Zusammenhang von Sinti und Roma einen Unterschied zwischen einer Gruppe, die schon lange kein Integrationsproblem mehr darstelle, verweist aber auf eine aktuellere Migrationswelle, die sie mit Kriminalität und der Gefährdung der Gesellschaft in Verbindung bringt.

Obwohl alle Bürger* innen der 2004 beigetretenen EU-Mitgliedsstaaten seit 2011 volle Freizügigkeit genießen, seit 2014 auch für Bulgarien und Rumänien, macht die Rednerin einen kategorialen Unterschied zwischen **vor** und **seit** der der EU-Osterweiterung eingewanderten Sinti und Roma. Daraus schließt die Rednerin, dass Sinti und Roma „rein formal juristisch und neutral gesehen“ „zu unterschiedlichen Recht“ in Deutschland leben würden (Seli-Zacharias 2024).

Im Kontrast zu einer Gruppe voll integrierter deutscher Sinti und Roma, konstituiert die Rednerin die Gruppe der im Rahmen der EU-Osterweiterung zugewanderten Sinti und Roma als „Armutsmigrant*innen“. Das Label „Armutszuwanderer“ ruft tendenziell das binäre Skript auf, nach dem sich solche Zuwanderer aufgrund ihrer Unfähigkeit zu Arbeit und Vorsorge in ihren Heimatländern auf den Weg nach Deutschland machten, um hier durch die Sozialleistungen des deutschen Sozialstaats ihr Fortbestehen zu sichern, während sie gleichzeitig den deutschen Sozialstaat und sein inneres gesellschaftliches Zusammenleben gefährden (Neuburger & Hinrichs 2022; Paul 2019). Damit wird letztlich unterstellt, dass diese Gruppe nicht integrierbar und nicht lernfähig wäre.

Die Rednerin versucht aber, den Eindruck einer radikal-rassistischen Argumentation abzumildern: Dazu deutet sie das Label „Unveränderbarkeit“ eher im exotistischen Sinn, während sie die Reaktion darauf nicht als „tiefsitzenden Menschenhass“ interpretiert sehen will. Als eigentlich verantwortlich bezeichnet die Rednerin dabei die EU und eine kurzsichtige Migrationspolitik, die „Armutszuwanderung“, also ein Eindringen der „Sie-Gruppe“ überhaupt erst möglich gemacht habe.

Gegen dieses ‚milde‘ Framing spricht jedoch, dass Seli-Zacharias von einem „kulturelle(n) Clash“ zwischen Sinti und Roma und anderen Bewohnern spricht und Sinti und Roma gleichzeitig in kriminellen Milieus verortet, wodurch sie zur Gefahr für die Sicherheit und Ordnung in Deutschland würden. Das Bedrohungsszenario wird durch den Verweis darauf verschärft, dass „Zehntausende von ihnen“ im Ruhrgebiet leben würden. Die Rednerin steigert diese Argumentationslinie noch, indem sie die Stichworte der „Clankriminalität“ der „abgeschotteten ethnischen Subkulturen“ anschließt. Statt dagegen tätig zu werden, wolle man ihr zufolge jedoch Wörter wie „Zigeunerschnitzel“ verbieten.

Doch auch dabei bleibt es nicht: In einer vollkommenen Umkehr der Argumentation, dass staatliche Hilfe an der ‚unveränderlichen‘ Natur der Zuwanderer nichts ändern würde, behauptet die Rednerin an anderer Stelle, dass Sinti und Roma aufgrund einer staatlichen Vernachlässigung durch CDU und Grüne zum Opfer von „organisierte(n) Banden“ würden, so dass nun erneut die Politik des ‚Establishments‘ nicht nur für die soziale Not der Betroffenen, sondern für Antiziganismus verantwortlich gemacht werden.

Dieser Kritik aber widerspricht die Rednerin an anderer Stelle wiederum selbst. Demnach identifiziert sie offenbar beim ‚Establishment‘ eine vermeintlich übertriebene, Schutzhaltung gegenüber Minderheiten, wobei sie nun den Kampf gegen Antiziganismus mit dem Kampf gegen Antisemitismus zusammenbringt: „Doch solche Anträge¹ kommen schlichtweg nicht von ungefähr. Tugendwächter, die in scheinbar höherem Auftrag gegen Antisemitismus und Co. massiv zu Felde ziehen, gibt es heutzutage zuhauf.“ (Zeile 57-60).

Damit wird auch die Förderung und der Schutz der jüdischen Gemeinschaft in Deutschland offenbar als ‚übertrieben‘ markiert und – wenn man die Analogie ernstnimmt, die die Rednerin hier selbst zieht – ebenfalls mit einer potenziell kriminellen Bedrohung in Verbindung gebracht, die das ‚Establishment‘ ignoriere.

4. Argumentative Merkmale

Abgesehen von den erwähnten hauptsächlichen Redestrategien des Populismus und der Markierung bestimmter Minderheiten dient AfD-RednerInnen der taktische Umgang mit Fakten und Informationen als ein suggestives Instrument der Beeinflussung.

Typisch hierfür ist eine hauptsächlich auf der Präsentation von Fakten und Zahlen aufgebaute Rede des Abgeordneten Christian Loose (Loose 2023b) zur Windenergienutzung in NRW. In ihr greift er zum Mittel, eine Ausnahme, bzw. ein Extrem als die Regel darzustellen:

a) Von der Ausnahme zur Regel

So verweist der Redner populistisch auf den ‚allgemeinen‘ Widerstand der ‚Bevölkerung‘ gegen „Windindustrieanlagen“, wobei er auf sogenannte „Giant Towers“ mit einer Höhe von 363 Metern verweist. Der Redner unterschlägt, dass es sich um ein experimentelles Vorhaben handelt, das nicht weiterverfolgt wird. Eine Recherche hat stattdessen ergeben, dass Windkraftanlagen seit 2013 in ihrer Größe kaum angestiegen sind, wobei es starke lokale Unterschiede gibt.

An anderer Stelle prangert der Redner die „Nichtverfügbarkeit von Windindustrieanlagen von 99%“ an, wobei er sich stillschweigend auf einen einzigen Tag, den 10. September bezieht, an dem nur 99 Megawatt Strom durch Offshore-Windanlagen produziert worden war.

¹ Gemeint ist die Drucksache 18/8425.

b) Übertreibungen

Der Redner behauptet zudem, dass ganze Wälder für „Windindustrieanlagen“ „geopfert“ würden, wohingegen die Genehmigungsverfahren unterschiedene Waldarten betrachten, zum Beispiel besonders schützenswerte Waldgebiete und Naturwaldzellen, die ohnehin nicht für eine Flächenausweisung in Betracht kommen.

Ebenso übertreibt er den möglichen Wertverlust für Immobilien im Umkreis von neuen Windkraftanlagen. So erfindet er die Zahl 50 000 Euro Wertverlust pro Immobilie und rechnet sie auf 100 Häuser im Umkreis um nur eine Windkraftanlage hoch, wobei schnell 5 Millionen Wertverlust zusammenkämen. Darauf setzt er die Vision, dass zu dieser einen weitere „Tausende von Windindustrieanlagen“ hinzukommen.

An anderer Stelle behauptet der Redner eine durch Experten belegte Verfassungswidrigkeit des bei der Beratung behandelten Gesetzentwurfs – dabei hatten die Experten nur zur Beachtung bestehender verfassungsrechtlicher Aspekte aufgerufen. Weitere Beispiele zeigen in ähnlicher Weise ‚unterkomplexe‘ Argumentationen, bzw. unvollständige Belege. Nur in einem einzigen Fall wurde in der Rede eine überwiegend korrekte Information festgestellt.

5. Vergleich mit den Ergebnissen der Analysen von AfD-Reden 2017-2019.

[Paul Bey, **Parlamentarische Redebeiträge von Abgeordneten der Fraktion „Alternative für Deutschland“ (AfD) Halbzeitanalyse. 1. Juni 2017 bis 31. Dezember 2019**]

Aus den aktuell untersuchten Reden geht hervor, dass die AfD-NRW im gegenwärtigen Landtag ihre rhetorische und politische Taktik an die veränderte Konstellation in der NRW-Regierung angepasst hat, d.h. an eine Koalition aus CDU und Grünen (statt der früheren Koalition aus CDU und FDP). Andererseits können aber auch rhetorische Neujustierungen beobachtet werden.

Während AfD-RednerInnen in den Reden von 2017-2019 versuchen, sich ein ‚bürgerliches‘ Image zu geben, um damit dem Extremismus-Vorwurf zu entgehen und sich der CDU als Partner anzudienen, überwiegt nun die Erzählung, die CDU habe sich als – williges – Opfer den ‚Versuchungen‘ hingegeben, die von den Grünen ausgingen, welche in der AfD-Rhetorik zum zentralen Feindbild geworden sind.

Da damit eine Anbiederungsstrategie an die gesellschaftliche Mitte verbaut ist, konzentrieren sich AfD-RednerInnen außerordentlich stark auf eine populistische Konzeption, in der nunmehr das ‚Volk‘ zum Referenzpunkt geworden ist. Erst hier – im vermeintlichen Kampf um die ‚Gunst des Volkes‘ – definieren AfD-RednerInnen die SPD als Teil des ‚verräterischen Establishments‘.

Eine taktische Veränderung ist aktuell auch feststellbar hinsichtlich der Konstruktion von als ‚feindlich‘ und ‚schädlich‘ gezeichneten Minderheiten. Hier hat sich der Versuch, dem Extremismus- bzw. Rassismusbegriff zu entgehen, über eine neue Praxis fortgesetzt: So versuchen AfD-RednerInnen nunmehr nicht selten, innerhalb der negativ markierten Minderheiten, etwa von ‚Muslimen‘, Trans-Personen oder Sinti und Roma, Gruppen zu ‚konzipieren‘, die sie von der Negativmarkierung ausnehmen, bzw. denen sie sogar ‚Empathie‘ entgegenbringen. Daraus resultieren allerdings verwirrende ‚mixed signals‘ hinsichtlich der Markierung der Feindbilder.

Daneben fallen rhetorische Praktiken auf, die sich nicht verändert haben. Dazu gehört insbesondere der Versuch, den eigenen Aussagen mehr Autorität zu verleihen, etwa durch die Häufung von nicht unmittelbar nachprüfbarem Zahlenmaterial, durch die Auslassung von Quellen, durch tendenziell gedeutete Statistiken, durch vermeintliche oder tendenziell veränderte ‚wissenschaftliche‘ Aussagen und vermeintliches ‚Fach-Vokabular‘. Dabei verlassen sich die SprecherInnen – leider oft mit Recht – darauf, dass ihr Vorgehen ‚auf die Schnelle‘ nicht geprüft wird und dadurch die diskursive Macht der AfD wächst.

Quellen

AfD Fraktion NRW, 2019: Skandal im Landtag: Altparteien werfen Opfer ihrer Politik raus und erteilen Hausverbot. <https://www.facebook.com/afdfraktionNRW/videos/skandal-altparteien-werfen-bergarbeiter-aus-landtag/499905460756696/> (aufgerufen am 25.01.2025).

Bundesamt für Verfassungsschutz, 2024: BfV obsiegt vor dem Oberverwaltungsgericht NRW gegen die AfD.

<https://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/pressemitteilungen/DE/2024/pressemitteilung-2024-1-afd.html> (aufgerufen am 21.10.2024).

Dinter, Jan, 2021: Politischer Strukturwandel? Populismus und soziale Gegensätze im Ruhrgebiet. S. 135-148 in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Abschied von der Kohle Struktur- und Kulturwandel im Ruhrgebiet und in der Lausitz. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Landtag Nordrhein-Westfalen, 2019: Aussprache zum Antrag der Fraktion der AfD.

Drucksache 17/6759: Arbeitern in der Kohleindustrie in NRW den Rücken stärken: Kein Bergmann darf ins Bergfreie fallen – der Ministerpräsident muss sein Versprechen halten! Plenarprotokoll 17/ 62 vom 10.07.2019, Landtag Nordrhein-Westfalen.

Loose, Christian, 2023a: Abschiebestopp für Jesidinnen und Jesiden jetzt! – Landesregierung muss sofort handeln Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 18/7199, Plenarprotokoll 18/51 vom 13.12.2023, Landtag Nordrhein-Westfalen.

Loose, Christian, 2023b: Gesetz über die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern sowie Gemeinden an der Windenergienutzung in Nordrhein-Westfalen Gesetzesentwurf der Fraktion CDU und der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN Drucksache 18/ 5849, Plenarprotokoll 18/51 vom 13.12.2023, Landtag Nordrhein-Westfalen.

Loose, Christian, 2024: Schülerinnen und Schüler demonstrieren gegen Bildungspolitik. Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 18/8524; In Verbindung mit: Schulstreik für Schule Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 18/8525, Plenarprotokoll 18/59 vom 21.03.2024, Landtag Nordrhein-Westfalen.

Müller, Jan-Werner, 2019: 'Das wahre Volk' gegen die anderen: Rechtspopulismus als Identitätspolitik – Essay. Aus Politik und Zeitgeschichte 9(11): S. 18-24.

Paul, Jobst, 2019: Der binäre Code: Leitfaden zur Analyse herabsetzender Texte und Aussagen. Wochenschau Verlag.

Schalley, Zacharias, 2024: Lange Tradition, moderne Idee – 100 Jahre Kleingartenverbände in NRW, Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 18/4581, Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Land-wirtschaft, Forsten und ländliche Räume Drucksache 18/8175, Plenarprotokoll 18/59 vom 21.03.2024, Landtag Nordrhein-Westfalen.

Seli-Zacharias, Enxhi, 2023: Den Aktionsplan für Vielfalt und gegen Homo- und Transfeindlichkeit auf erweiterter Datenbasis weiterentwickeln, Antrag der Fraktion der CDU

und der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN Drucksache 18/6360, Plenarprotokoll 18/46 vom 26.10.2023, Landtag Nordrhein-Westfalen.

Seli-Zacharias, Enxhi, 2024: Wertschätzung und Anerkennung für die Minderheit der Sinti und Roma als Teil Nordrhein-Westfalens festigen – Rahmenvereinbarung auf den Weg bringen Antrag der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Fraktion der FDP-Drucksache 18/8425, Plenarprotokoll 18/59 vom 21.03.2024, Landtag Nordrhein-Westfalen.

Statista, 2024: Status der Landesverbände der AfD zur Prüfung durch die Behörden des Verfassungsschutzes der Länder bis 2023.

<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1428143/umfrage/status-der-landesverbaende-der-afd-zur-pruefung-durch-den-verfassungsschutz/> (aufgerufen am 10.11.2024).

Tritschler, Sven, 2024: Gesetz zur Änderung des Kommunalwahlgesetzes und weiterer wahlbezogener Vorschriften; Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 18/7788; Beschlussempfehlung des Innenausschusses Drucksache 18/9760 – Neudruck zweite Lesung Entschließungsantrag der Fraktion der FDP Drucksache 18/9806, Plenarprotokoll 18/69 vom 03.07.2024, Landtag Nordrhein-Westfalen.

Vincentz, Martin, 2023: Solidarität mit Israel: Antisemitismus entschieden bekämpfen Antrag der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD, der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN und der Fraktion der FDP, Plenarprotokoll 18/45 vom 25.10.2023, Landtag Nordrhein-Westfalen.

WDR, 2024: Zwei Jahre nach dem Tod von Transmann Malte C.: Gedenken in Münster.<https://www1.wdr.de/nachrichten/westfalen-lippe/gedenken-transmann-malte-100.html> (aufgerufen am 05.09.2024).